

Endkunden-News im Oktober 2024

Zahl der Autodiebstähle erneut deutlich gestiegen

Gemessen an kaskoversicherten Fahrzeugen, ist die Zahl der Autodiebstähle in Deutschland wieder auf Vor-Corona-Niveau angekommen. 14.585 Kfz wurden den Versicherern 2023 als gestohlen gemeldet, fast 20 Prozent mehr als im Vorjahr. 2019 waren es 14.229 Fahrzeuge. Da auch die durchschnittliche Schadenhöhe um circa 6 Prozent auf nunmehr knapp 21.400 Euro answoll, fiel die Gesamtschadenssumme 2023 mit 312 Millionen Euro indes wesentlich höher aus als 2019 (279 Millionen).

Das höchste Diebstahlrisiko haben Autobesitzer in der Bundeshauptstadt, wo 2023 statistisch etwa alle zwei Stunden ein kaskoversichertes Fahrzeug entwendet wurde. In der Summe macht das 4.266 Diebstähle, satte 46 Prozent mehr als im Vorjahr. Einen vergleichbar starken prozentualen Anstieg gab es in Bayern, allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau: Nach 413 Fällen im Jahr 2022 registrierten die Versicherer hier im letzten Jahr 596 Diebstähle. Im Süden der Republik können Autobesitzer tendenziell ruhiger schlafen. Die höchsten Diebstahlquoten weisen neben Berlin (42 pro 10.000 kaskoversicherte Autos) Hamburg (13) und Brandenburg (11) aus. Alle anderen Länder überschreiten den Bundesdurchschnitt von 4 Diebstählen pro 10.000 Autos nicht.

Wochen der Entscheidung für offene Immobilienfonds

Das Jahr verlief bislang für die deutschen offenen Immobilienfonds (OIF) wenig erfreulich, über 3,5 Milliarden Euro an Nettomittelabflüssen mussten sie hinnehmen. Im Juli zogen die Anleger erstmals seit 2011 mehr als eine Milliarde Euro innerhalb eines Monats ab. Bisher sind die Summen in Relation zum verwalteten Vermögen verkraftbar und nicht besorgniserregend. Allerdings dürfte sich erst in den kommenden Wochen entscheiden, ob 2024 als durchwachsendes oder als desaströses Jahr in die OIF-Geschichte eingehen wird.

Denn vor einem Jahr erreichte die Welle der Kritik an OIF einen Höhepunkt, als das reichweitenstarke Verbraucherportal Finanztip wegen Underperformance den Verkauf von Anteilen empfahl. Aufgrund der zwölfmonatigen Rücknahmefrist für (nach 2013 erworbene) Fondsanteile wird sich mithin demnächst zeigen, wie viele Anleger diesem Aufruf gefolgt sind. Zuletzt hat sich das Tempo der Rückgaben beschleunigt. Hält dieser Trend an, könnten auf manche OIF Liquiditätsprobleme zukommen. Die Fondsmanager, so ist aus der Branche zu vernehmen, arbeiten bereits an Auffanglösungen unter Beteiligung ihrer jeweiligen Muttergesellschaften.

Asbestprüfungen verteuern Wohngebäudeversicherungen

Die Wohngebäudeversicherer stehen durch die massiv gestiegenen Bau- und Sanierungskosten bereits unter Kostendruck. Der dürfte demnächst zunehmen, sofern der Bundesrat der neuen Gefahrstoffverordnung zustimmt. Mit dieser möchte die Bundesregierung die Gesundheitsrisiken reduzieren, die vom vielfach verbauten, stark krebserregenden Baumaterial Asbest ausgehen.

Wer künftig an die Bausubstanz einer bis 1993 errichteten Immobilie heranwill, soll zunächst eine Gefährdungsbeurteilung vornehmen (lassen). Das betrifft rund drei Viertel aller deutschen Wohnungen, summa summarum rund 34 Millionen Einheiten. Und es kostet zusätzliches Geld, wie der Hauptgeschäftsführer des Versicherer-Gesamtverbands GDV, Jörg Asmussen, betont: „Allein durch Untersuchungen, ob Asbest im Gebäude ist, erwarten wir für die Wohngebäudeversicherer Mehrkosten von voraussichtlich über 190 Millionen Euro im Jahr.“ Einer der Hauptgründe dafür sei der Fachkräftemangel, der die Schadenbehebung verzögere und damit häufig verteuere. Auch die einschlägigen Labore seien überlastet.

Wohnimmobilien verteuern sich erstmals nach zwei Jahren

Die Wohnimmobilienpreise in Deutschland scheinen einen Turnaround hingelegt zu haben: Im zweiten Quartal stiegen sie laut Statistischem Bundesamt um 1,3 Prozent gegenüber Vorquartal, das erste Plus seit zwei Jahren. Im Vergleich mit dem zweiten Quartal 2023 steht zwar noch ein Minus von 2,6 Prozent zu Buche, doch es liegt deutlich unter den Werten der Vorquartale, die zwischen –3,9 und –10,2 Prozent rangierten. Angesichts der zinspolitischen Lockerung im Euroraum breitet sich in der Branche wieder Optimismus aus. Für 2025 rechnen Immobilienanalysten mit einem Preisanstieg von 2,0 Prozent, wie eine Reuters-Umfrage ergab.

Die Gesamtzahlen verdecken dabei gegenläufige Entwicklungen in Deutschland. In dünn besiedelten Regionen sanken die Preise für Wohnungen zuletzt weiterhin, während sie in den sieben größten Metropolen im Schnitt um 1,6 Prozent zulegen. Ein- und Zweifamilienhäuser verteuerten sich dagegen bundesweit, wenn auch mit unterschiedlicher Dynamik: In ländlichen Regionen betrug das Plus 0,9 Prozent, in Großstädten 2,3 Prozent.

Krankenkassen erhöhen zum zweiten Mal in diesem Jahr Zusatzbeiträge

Wie desolat die Finanzen der gesetzlichen Krankenkassen aussehen, zeigt ein höchst ungewöhnlicher Schritt, zu dem sich kürzlich 17 von ihnen gezwungen sahen: Zum zweiten Mal in diesem Jahr hoben sie ihren Zusatzbeitrag an. Fünf weitere Anbieter erhöhten ihren kassenindividuellen Aufschlag ebenfalls, nachdem sie zu Jahresanfang noch mit einem stabilen Wert für 2024 gerechnet hatten. Grund ist ein Minus von 2,2 Milliarden Euro im ersten Halbjahr. Die Ausgaben für Leistungen und Verwaltung wuchsen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 7,3 Prozent, was selbst eine 5,5-prozentige Steigerung des Beitragsvolumens nicht kompensieren kann.

Diese aktuellen Prämien erhöhungen werden nicht ausreichen – schon jetzt prognostiziert der Dachverband der Betriebskrankenkassen, dass der Zusatzbeitrag 2025 im Schnitt um 0,75 Prozentpunkt ansteigen wird. Hinzu kommt die ab dem kommenden Jahr deutlich höhere Beitragsbemessungsgrenze, die für Gutverdiener ebenfalls auf eine Beitragssteigerung hinausläuft. Auch die Schwelle für einen Wechsel in die private Krankenversicherung, die Jahresarbeitsentgeltgrenze, wird angehoben. Wer damit liebäugelt, Privatpatient zu werden, sollte daher gegebenenfalls noch in diesem Jahr Nägel mit Köpfen machen.

Eignen sich Fondsentnahmepläne zur Altersvorsorge?

Dass eine gut aufgestellte Altersvorsorge auch Fondsanteile enthalten sollte, gilt mittlerweile weithin als Konsens. Für Aufruhr unter Sachkundigen sorgt nun jedoch eine Studie des Fondsverbands BVI, der zufolge Fondsentnahmepläne (in der Studie als „Fondsrenten“ bezeichnet) eine sichere Form der Altersvorsorge darstellen. Kernthese: Entnehme man dem Fondsguthaben monatlich einen Betrag in der Höhe, die ein Versicherer als lebenslange garantierte Rente zahlen würde, dann komme man damit in über 95 Prozent der Fälle bis zum Lebensende über die Runden. Meist bleibe sogar noch etwas zum Vererben übrig.

Harsche Kritik an den Berechnungsgrundlagen hat neben dem Versicherer-Gesamtverband GDV auch das Institut für Finanz- und Aktuarwissenschaften (ifa) geäußert. Letzteres spricht unter der Überschrift „Zu schön, um wahr zu sein“ von „vollkommen unplausiblen Annahmen“. So werde eine jährliche Rendite von 6 Prozent unterstellt, obwohl der zugrunde gelegte Musterfonds lediglich 30 Prozent Aktien neben 70 Prozent Rentenpapieren enthalte. Unterschätzt würden zudem das Performancerisiko und das Langlebigkeitsrisiko.

Cyberversicherer müssen tiefer in die Tasche greifen

Um fast 50 Prozent stiegen die Leistungsausgaben der deutschen Cyberversicherer 2023. Die ausgezahlten 180 Millionen Euro entsprechen in etwa den Beitragseinnahmen. Circa 4.000 Hackerangriffe wurden erfasst, ein Plus von 19 Prozent gegenüber 2022.

„Die IT-Bedrohungslage in Deutschland hat sich noch einmal verschärft“, warnt der Hauptgeschäftsführer des Versicherer-Gesamtverbands GDV, Jörg Asmussen. Wirksame Prävention werde immer wichtiger, bei mehr und mehr Versicherern auch als Voraussetzung für den Abschluss einer Cyberversicherung.

Eine aktuelle forsa-Umfrage belegt jedoch nach wie vor eklatante Sicherheitsmängel in deutschen mittelständischen Unternehmen. Nicht einmal jedes dritte wird demnach den gängigen Basisanforderungen gerecht. „Ohne funktionierende IT geht in den meisten Unternehmen mittlerweile nichts mehr. Entsprechend ihrer Bedeutung sollten auch die IT-Systeme geschützt werden“, appelliert Asmussen. Eine Cyberpolice schütze zwar im Ernstfall, doch dessen Abwehr müsse im Vordergrund stehen.

Gefährdet der Bürokratieabbau die Cum-ex-Aufarbeitung?

Über die ausufernde Bürokratie hierzulande wird seit vielen Jahren geklagt, Abhilfe verspricht nahezu jeder Politiker. Die jüngste große Maßnahme zum Bürokratieabbau könnte nun jedoch für den Fiskus kostspielige Folgen haben. Im Zuge des vierten Bürokratieentlastungsgesetzes, dem der Bundesrat noch zustimmen muss, werden die Aufbewahrungspflichten für steuerlich relevante Belege verkürzt. Dadurch sollen Unternehmen und Verwaltung fast eine Milliarde Euro pro Jahr einsparen.

Fachleute wie die ehemalige Oberstaatsanwältin Anne Brorhilker von der Organisation Finanzwende befürchten jedoch, dass Cum-ex- und Cum-cum-Täter künftig legal Beweise vernichten könnten. Mit sogenannten Cum-ex- und Cum-cum-Geschäften haben

Nadelstreifenkriminelle den Staat um schätzungsweise 45 Milliarden Euro betrogen. Nicht mal ein Zehntel davon konnte bisher zurückgeholt werden. Ob es viel mehr wird, kann mit dem neuen Gesetz zunehmend als fraglich gelten. Immerhin wird es von Wirtschaftsvertretern als (kleiner) Schritt in die richtige Richtung begrüßt.